

Dietmar Rothermund

# Indiens Entwicklung im 20. Jahrhundert

Kurseinheit 1:  
Die Krise des Imperialismus und der Freiheitskampf

Fakultät für  
**Kultur- und  
Sozialwissen-  
schaften**

---

Das Werk ist urheberrechtlich geschützt. Die dadurch begründeten Rechte, insbesondere das Recht der Vervielfältigung und Verbreitung sowie der Übersetzung und des Nachdrucks, bleiben, auch bei nur auszugsweiser Verwertung, vorbehalten. Kein Teil des Werkes darf in irgendeiner Form (Druck, Fotokopie, Mikrofilm oder ein anderes Verfahren) ohne schriftliche Genehmigung der FernUniversität reproduziert oder unter Verwendung elektronischer Systeme verarbeitet, vervielfältigt oder verbreitet werden.

---

## Inhaltsverzeichnis

|  |           |
|--|-----------|
| <b>Einleitung</b>  | <b>5</b>  |
| <b>1. Indien vor dem Ersten Weltkrieg</b>                                    | <b>13</b> |
| 1.1. Das Regime Lord Curzons   | 13        |
| 1.2. Der indische Nationalismus  | 15        |
| 1.3. Die indische Wirtschaft im Vorkriegsjahrzehnt                           | 19        |
| <b>2. Der Krieg als erste Krise des britischen Imperialismus</b>             | <b>22</b> |
| 2.1. Der Krieg als Chance für Indien   | 22        |
| 2.2. Die britisch-indische Armee   | 24        |
| 2.3. Die Eigentümlichkeit der indischen Kriegsinflation                      | 26        |
| <b>3. Die Kampagne der Nichtzusammenarbeit und die<br/>Khilafat-Bewegung</b> | <b>28</b> |
| 3.1. Mahatma Gandhi und der Nationalkongreß                                  | 28        |
| 3.2. Die indischen Muslims und der türkische Kalif                           | 30        |
| 3.3. Programm und Verlauf der Kampagne                                       | 32        |
| <b>4. Die indische Wirtschaft im Nachkriegsjahrzehnt</b>                     | <b>37</b> |
| 4.1. Die Probleme der Währungspolitik  | 37        |
| 4.2. Die Artikulation nationaler Wirtschaftsinteressen                       | 39        |
| 4.3. Textilindustrie und Gewerkschaftsbewegung                               | 41        |
| Anhang   | 46        |
| Literaturhinweise  | 54        |

Diese Seite bleibt aus technischen Gründen frei!

## Einleitung

Die Geschichte Indiens im 20. Jahrhundert ist die Geschichte von etwa einem Fünftel der Menschheit. In der ersten Hälfte des Jahrhunderts ist es die Geschichte des größten Kolonialreichs und in der zweiten der größten Demokratie der Welt. Die vorliegende Kurseinheit, die diesem in jeder Hinsicht großen Gegenstand gewidmet ist, kann nur einen ersten Überblick aus der Vogelperspektive bieten. Es hätte nahegelegen, sich dabei ganz auf die politische Geschichte zu beschränken, doch weil wirtschaftliche Fakten - die Agrarproduktion unter dem Einfluß des Monsuns, die Hemmnisse der Industrialisierung, die Währungspolitik usw. - die politische Entwicklung prägen, aber auch von ihr geprägt werden, ist hier der Versuch unternommen worden, beide Aspekte gleichermaßen zu behandeln. In der Darstellung ist diese Gleichmäßigkeit nicht leicht zu erreichen. Deshalb werden in einigen Kapiteln oder in Abschnitten von Kapiteln die politischen und in anderen die wirtschaftlichen Entwicklungen in den Vordergrund gestellt. Die jeweiligen Wechselwirkungen werden besonders betont.

Die Darstellung beginnt mit der Schilderung der Verhältnisse vor dem Ersten Weltkrieg, wobei Rückgriffe auf Ereignisse des 19. Jahrhunderts notwendig sind, die sich jedoch in Grenzen halten. Es kommt hier hauptsächlich darauf an, einen Eindruck der britischen Kolonialherrschaft auf dem Höhepunkt des Imperialismus zu vermitteln.

Es folgt die Beschreibung der Auswirkungen des Ersten Weltkrieges auf die britische Herrschaft in Indien. Dem britischen Imperium wurden durch diesen Krieg wichtige Stützen der Weltherrschaft entzogen, obwohl es den Krieg gewann. Zugleich erhielt auch der indische Nationalismus Auftrieb, der in Gandhi einen höchst kreativen Führer fand, dessen Nichtzusammenarbeitskampagne im Zusammenhang mit den Bemühungen der indischen Muslims um die Erhaltung des osmanischen Kalifats ausführlich behandelt wird.

Eine genauere Analyse des Nachkriegsjahrzehnts, das nach dem Abbruch von Gandhis Kampagne als eine Zeit politischer Sterilität erscheint, ist vorrangig der indischen Wirtschaftsgeschichte gewidmet und bietet die Voraussetzung für das, was in einem späteren Kapitel über die Auswirkung der Weltwirtschaftskrise gesagt wird. Dazwischen steht ein Kapitel, das Gandhis zweiter großer Kampagne gewidmet ist, in der er von der Forderung der Nichtzusammenarbeit mit dem Briten zum bürgerlichen Ungehorsam gegenüber ihrem Regime überging. Daneben mußte sich Gandhi mit den auf den Konferenzen am Runden Tisch in London beratenen zukünftigen Verfassungsreformen auseinandersetzen und der Gewährung von separaten Wählerschaften für Unberührbare entgegenreten. Solche Wählerschaften waren bereits den Muslims gewährt worden, hätten auch die Unberührbaren dieses problematische Privileg erhalten, so wäre die politische

Willensbildung in Indien zur völligen Fragmentierung verurteilt gewesen. Kandidaten, die an solche Wählerschaften appellieren müssen, sind gezwungen, sich als Vertreter der entsprechenden Sonderinteressen zu profilieren und können daher nur einer gemeinsamen politischen Willensbildung entgegenwirken. Die auf den ersten Blick als wahltechnische Spezialfragen anmutenden Probleme von separaten Wählerschaften und reservierten Sitzen werden ausführlich diskutiert. Sie erweisen sich bei näherem Hinsehen als grundlegende Weichenstellung der politischen Willensbildung.

Die ersten Wahlen nach der 1935 vom britischen Parlament verabschiedeten Verfassungsreform (Government of India Act) führten dann zu einem enormen Wahlsieg des Nationalkongresses. Das war natürlich auf den mit großer Energie geführten Wahlkampf der Kongreßpolitiker zurückzuführen, es war aber auch der Tatsache zu verdanken, daß die durch die Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise schwer getroffenen indischen Bauern dem Kongreß geradezu in die Arme getrieben wurden. Dabei war es eine Ironie des Schicksals, daß die Briten gerade im Rahmen dieser Reform einer großen Zahl von Bauern zum ersten Mal das Wahlrecht gegeben hatten, weil sie hofften, daß die Bauern pro-britischen Agrarparteien ihre Stimme geben würden, statt für den Nationalkongreß zu votieren, den man immer noch fälschlich für eine Partei städtischer Eliten hielt.

Im siebten Kapitel wird die Schwelle von der Kolonialherrschaft zur Dekolonisierung überschritten. Dieser Schritt wurde durch den Zweiten Weltkrieg herbeigeführt, an dessen Anfang insbesondere die britischen Konservativen unter Führung Churchills nicht einmal davon träumten, daß dieser Krieg vielleicht das Ende des britischen Weltreichs bedeuten könne. Doch hatte bereits der erste Weltkrieg die Stützen der britischen Weltherrschaft unterminiert, so beseitigte sie der zweite ganz und gar. Indien, das vor diesem Krieg ein Schuldner der Kolonialherren war, war nach dem Krieg ihr Gläubiger - und konnte als solcher von der Labour-Regierung, die 1945 an die Macht gekommen war, in die Unabhängigkeit entlassen werden. Auch hier ist wieder die enge Verflechtung politischer und wirtschaftlicher Probleme zu bemerken.

Die Unabhängigkeit führte leider auch zur Teilung Indiens und zur Gründung Pakistans, das sich notgedrungen von Anfang an als Gegenstaat zu Indien konstituierte. Die Geschichte Pakistans kann in dieser Kurseinheit nicht behandelt werden, aber die Gründe für die Teilung und die Problematik des Gegenstaats sollen hier skizziert werden. Die Politik der beiden Staaten, sowohl die Innen- als auch die Außenpolitik, sind bis heute schicksalhaft miteinander verbunden. Sie haben sich in mehreren Kriegen gegenübergestanden, die nur deshalb von der Weltöffentlichkeit weniger beachtet wurden, weil sie von rein regionaler Bedeutung blieben.

Die junge Republik Indien wurde in den ersten 14 Jahren ihrer Existenz entscheidend von ihrem ersten Premierminister Jawaharlal Nehru geprägt. Deshalb ist es berechtigt, im 9. Kapitel von einer "Nehru-Ära" zu sprechen. Das hat nichts mit irgendwelchem Personenkult zu tun, den Nehru selbst nie gefördert hat. Es geht in diesem Kapitel denn auch nicht um eine Beschreibung seiner "Taten", sondern um das Profil der Republik, wie es sich in seiner Regierungszeit entwickelte. Das folgende Kapitel über "Machtpolitik und Selbstbehauptung" ist den zwei Jahrzehnten von Nehrus Tods bis zur Ermordung seiner Tochter Indira Gandhi gewidmet, die von 1966 mit einer Unterbrechung in den Jahren 1977-79 insgesamt 16 Jahre Premierministerin war und einen Kurs realpolitischer Machterhaltung verfolgte.

Bis zu Beginn der 1980er Jahre hatte Indien in erster Linie eine planwirtschaftliche auf die innere Konsolidierung durch Importsubstitution ausgerichtete Politik verfolgt und sich weitgehend vom Weltmarkt abgeschottet. Das änderte sich ausgerechnet in einer Periode politischer Turbulenzen und wachsender Instabilität. Dieser Periode ist das 11. Kapitel gewidmet. Der scheinbare Gegensatz von Fortschritten auf dem Weg der Liberalisierung und der Steigerung politischer Konflikte wird dabei genauer untersucht, ohne daß behauptet wird, daß eine Liberalisierung zwangsläufig Konflikte schürt, oder daß sie nur als "Flucht nach vorn" in einer Zeit politischen Umbruchs zu verstehen ist.

Die gegenwärtige Konstellation, die durch dramatische Ereignisse - Liberalisierung bis hin zur Konvertibilität der indischen Währung, Zerstörung der Moschee von Ayodhya durch fanatisierte Hindus, Machtkampf zwischen Nationalkongreß und Bharatiya Janata Party - gekennzeichnet ist, wird abschließend analysiert. Dies ist eine schwierige Aufgabe, weil die politische und wirtschaftliche Entwicklung zur Zeit so im Fluß ist, daß sich die Grundlagen für politische Analysen von Tag zu Tag ändern. Der Historiker sollte sich eigentlich gar nicht auf dieses unsichere Terrain wagen, wenn er es dennoch tut, nimmt er beträchtliche Risiken in Kauf. Andererseits sollte sich die Urteilskraft des Historikers gerade auch bei der Deutung der Gegenwartsprobleme bewähren. In diesem Sinne wird hier der Versuch unternommen, die gegenwärtige Konstellation der politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse in Indien zu analysieren.

Bei der Betrachtung der Entwicklung Indiens darf man nicht aus den Augen verlieren, daß die indische Nation nicht eine Nation wie jede andere ist, die sich durch eine einheitliche Kultur und Sprache und eine verhältnismäßig homogene Gesellschaft auszeichnet, sondern mehrere Sprach- und Religionsgemeinschaften einschließt. Auf diese regionale Vielfalt wird im ersten Abschnitt des 12. Kapitels eingegangen werden. Hier seien nur einige wesentliche Informationen vorausgeschickt. Zunächst muß betont werden, daß die englische Sprache nach wie vor die lingua franca Indiens ist. Sie ist dies aber in erster Linie für die akademisch gebildete Elite, weil sie auch Unterrichtsspra-

che der Universitäten ist. Sie ist ferner die Sprache der überregionalen Presse. Doch Indien ist keineswegs ein "anglophones" Land so wie die Länder des anglophonen Afrika. Die indischen Regionalsprachen entfalten seit eh und je ein kräftiges Eigenleben. Sie haben ihre eigenen literarischen Traditionen, ihre eigene Presse und zum größten Teil ihre eigene Filmindustrie. Die Sprecher von Sprachen wie Bengali, Marathi, Tamil und Telugu sind heute jeweils fast ebenso zahlreich wie die Sprecher der deutschen Sprache. Dabei werden die vier genannten Sprachen auch noch in besonderen Schriften geschrieben, die für die Sprecher anderer indischer Sprachen nicht ohne weiteres lesbar sind.

Das als Nationalsprache bezeichnete Hindi wird nur von etwa einem Drittel der indischen Bevölkerung als Muttersprache gesprochen - und das auch noch in vielen regionalen Varianten. Es gilt zudem als die im Vergleich zu den vier genannten Sprachen literarisch am wenigsten entwickelte Sprache. Das offizielle Hindi ist daher mit Lehnwörtern aus der alten Literatursprache Sanskrit angereichert worden. Doch diese Lehnwörter und aus Sanskritsilben zusammengesetzten Neologismen sind oft für den einfachen Mann nicht verständlich. Auch der Gebildete behilft sich meist lieber mit einem englischen Fremdwort, wenn er Hindi spricht, als daß er eines der Wortungetüme in den Mund nimmt, denen man deutlich anmerkt, daß sie nicht von Dichtern, sondern von Wörterbuchschreibern geprägt worden sind.

Ein anderer Aspekt der Vielfalt Indiens ist die Existenz der großen Religionsgemeinschaften. Der "Hinduismus" ist eine Erfindung westlicher Religionswissenschaftler. Dahinter verbirgt sich eine Vielzahl indischer Religionen, Kulte und Sekten, die nie auf einen Nenner gebracht worden sind, weil es keine einer Kirche vergleichbare Institution gibt, die für einheitliche Riten, Dogmen und Katechismen zuständig wäre. Das Geheimnis des Erfolges der sogenannten Priesterkaste der Brahmanen hat gerade darin gelegen, daß sie die große Tradition der Sanskritliteratur mit unzähligen regionalen Traditionen verschmolzen und bei der Interpretation von Glaubenssätzen große Flexibilität gezeigt hat. Der indische Islam hat zwar durch seine Verpflichtung auf den Propheten und die Offenbarung einen gemeinsamen Nenner, aber ist zugleich durch eine Vielzahl von regionalen Volkskulten und eine weitverbreitete Heiligenverehrung gekennzeichnet. Hinzu kommt die soziale Differenzierung regionaler muslimischer Minderheiten. In dem großen Bundesland Uttar Pradesh sind die Muslims in erster Linie eine städtische Schicht, anderswo sind sie Bauern, Fischer, Händler etc. Sie sprechen die verschiedensten regionalen Sprachen und nur ihre Schriftgelehrten (Ulema) können Arabisch, wobei die Qualität dieser Kenntnisse auch recht unterschiedlich ist. Mit ca. 10 bis 12 Prozent Anteil an der Gesamtbevölkerung sind die Muslims eine sehr große Minderheit. Die anderen religiösen Minderheiten (Christen, Sikhs, Buddhisten, Jains) sind demgegenüber klein. Es mag daher genügen, auf ihre Existenz hinzuweisen, ohne näher auf ihre Besonderheiten einzugehen.



Schließlich sei noch bemerkt, daß man mit dem Begriff "Rasse" bei der Charakterisierung der Inder nicht sehr weit kommt. Fast alle Rassen der Menschheit sind in Indien vertreten und damit auch alle Schattierungen der Hautfarbe von der extremen Hellhäutigkeit bis zum tiefsten Schwarz. Indien - das bedeutet eine Symbiose der Menschheit in einem Lande. Das viel zitierte und oft mißverständene Kastensystem hat in früheren Zeiten dem Zweck gedient, das Nebeneinanderleben verschiedener Bevölkerungsgruppen durch eine lose Zuordnung zu ermöglichen. Brahmanische Gelehrte haben sich bemüht, daraus ein hierarchisches System der Über- und Unterordnung zu konstruieren, was ihnen aber höchstens auf dem Papier gelungen ist. Westliche Gelehrte haben dann die Schriften der Brahmanen für bare Münze genommen und als Beschreibung der sozialen Wirklichkeit interpretiert, obwohl es doch nur normative Texte waren, die in erster Linie dem Zweck dienten, die soziale Position der Brahmanen zu festigen.

Es kann an dieser Stelle keine Einführung in die Kulturanthropologie Indiens gegeben werden. Deshalb mögen diese wenigen Worte genügen. Im Literaturverzeichnis werden Werke genannt, die weitere Informationen zu diesem Thema bieten. Es sollte hier einleitend auf diese Weise nur betont werden, daß sich die Geschichte Indiens nicht wie die der deutschen oder der französischen Nation schreiben läßt. Wenn die Form der Darstellung im folgenden Text es dennoch so erscheinen läßt, als sei hier eine nationale Geschichte im üblichen Sinne vorgestellt worden, so mag man an diese einleitende Mahnung denken. Andererseits muß aber auch betont werden, daß der vom Westen übernommene Nationalismus eine dominante Rolle in der politischen Willensbildung in Indien gespielt hat. Daher ist auch eine nationale Geschichtsschreibung durchaus gerechtfertigt.

Ein weiterer Aspekt, der in der Einleitung angesprochen werden muß, ist die geographische Grundstruktur des indischen Subkontinents und der Verlauf des Monsuns, der für diesen Subkontinent seit eh und je von schicksalshafter Bedeutung gewesen ist. Auf den ersten Blick erkennt man fünf Grundelemente des Subkontinents: (1) das Gebirgsmassiv des Himalaya, (2) die Flußebenen von Indus, Ganges, und Brahmaputra - zum größten Teil fruchtbares alluviales Schwemmland, das günstige Bedingungen für Weizen- und Reisanbau und daher auch für eine größere Bevölkerungsdichte bietet, (3) eine nahezu 600 km breite, unwirtliche Zwischenzone, die von der Wüste Thar im Westen bis an die Küste Orissas reicht und lange Zeit ein Rückzugsgebiete für Stämme aller Art war, (4) das zentrale Hochland des Südens, (5) die Küstenniederungen, die nur an einigen Stellen weiter ins Inland hineinreichen (Süd-Gujarat, Tamil Nadu, die Delta-Region von Andhra Pradesh, Ost-Orissa) und damit ähnlich wie in den Flußebenen des Nordens dem Reisanbau eine Grundlage bieten. Genau wie im Norden bedeutet dies zugleich eine größere Bevölkerungsdichte und entsprechende Siedlungen in diesen wichtigen Küstenregionen.

Die oben erwähnten Sprachregionen sind zum großen Teil durch diese geographische Gliederung geprägt worden.

Die Struktur des Subkontinents beeinflusst den Verlauf des Monsuns, der den lebenswichtigen Regen bringt. Als Südwest-Monsun prallt er ab Mai zunächst auf die Westküste und dringt in den Norden vor, kreist um die südliche Halbinsel und weht über den Golf von Bengalen vom Osten her in Nordenebene. Im September geht die durch den Südwest-Monsun bedingte Regenzeit zuende. Im November und Dezember kehrt er als Nordwest-Monsun zurück, bringt aber dann weniger Regen mit, der fast ausschließlich der Südostküste von Tamil Nadu zugute kommt. Dort wo der Südwest-Monsun den heftigsten Regen bringt, nämlich an der steilen Westküste südlich von Bombay, nützt er am wenigsten. Die reichlichen Niederschläge fließen dort unmittelbar ins Meer ab. Der Verlauf des Monsuns ist recht regelmäßig, aber seine regionale Intensität variiert sehr. Jedes Jahr gibt es irgendwo Fluten und anderswo herrscht Dürre. Eine soziale Konsequenz dieser Unsicherheit ist es, daß es in Indien nie Großgrundbesitzer gegeben hat, die ihren Besitz insgesamt selbst bewirtschaftet haben. Sie bevorzugten stets die Verteilung des Risikos auf die große Schar der Kleinbauern. So blieb die indische Landwirtschaft immer vom bäuerlichen Familienbetrieb geprägt. Das war und ist von großer politischer Bedeutung. In früheren Zeiten trug der Bauer geduldig die Last des politischen Überbaus verschiedener Reiche. In dem Maße, in dem er durch die Verleihung des Stimmrechts Einfluß auf die politische Willensbildung nehmen konnte, hat er an Gewicht gewonnen und keine Partei hat ungestraft, seine Interessen vernachlässigen dürfen.

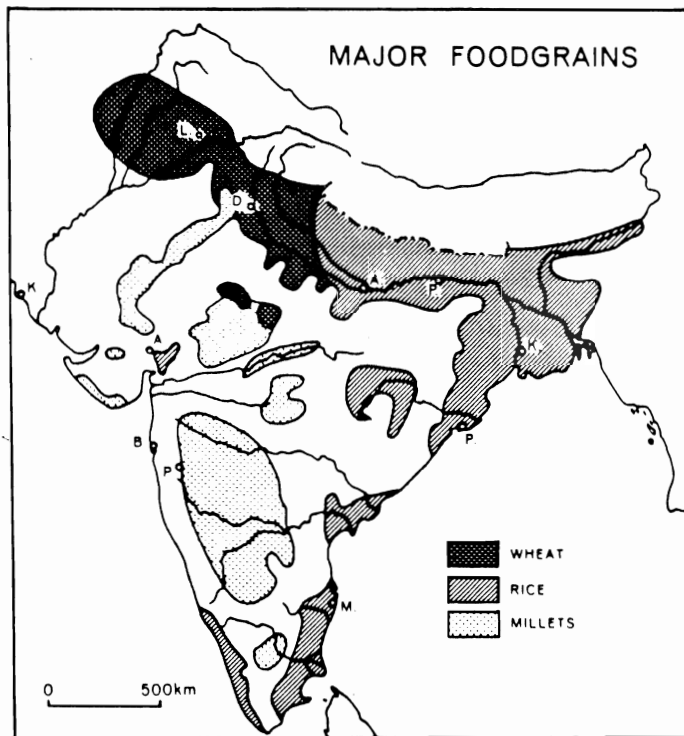
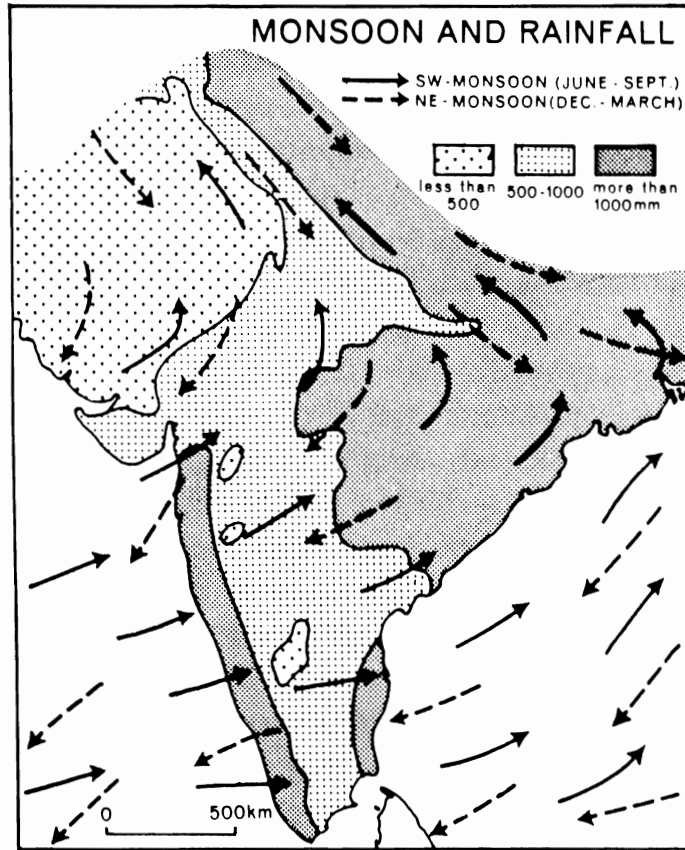
### Literaturhinweis

Die deutschsprachige Literatur zum Thema dieser Kurseinheit ist quantitativ sehr beschränkt. Deutschland hat eine große Tradition der Pflege der klassischen Indologie, doch diese ist eine Altertumswissenschaft - wie sich schon aus ihrer Zuordnung zu den entsprechenden Fakultäten an deutschen Universitäten leicht ablesen läßt. Man kann daher von Indologen nicht erwarten, daß sie sich mit Analysen der modernen Geschichte Indiens beschäftigen, ebensowenig wie man das bei einem Latinisten in bezug auf Italien erwarten würde. Nur an wenigen deutschen Universitäten (Humboldt-Universität Berlin, Heidelberg und Kiel) gibt es Historiker, die sich hauptamtlich mit der Geschichte Südasiens beschäftigen. Die folgenden Literaturhinweise reflektieren diesen Zustand.

Als Einführung ist der Band "Geschichte Indiens" von Hermann Kulke und Dietmar Rothermund (Stuttgart 1982) zu empfehlen. Von Dietmar Rothermund liegen in deutscher Sprache ferner vor:

"Die politische Willensbildung in Indien" (Wiesbaden 1965) "Die wirtschaftliche Entwicklung Indiens" (Paderborn 1985, UTB), "Mahatma Gandhi. Der Revolutionär der Gewaltlosigkeit. Eine politische Biographie" (München 1989), "Staat und Gesellschaft in Indien" (Mannheim 1993, Meyers Forum). Eine wichtige Spezialmonographie zu einer entscheidenden Phase der indischen Geschichte wurde von Johannes Voigt veröffentlicht: "Indien im Zweiten Weltkrieg" (Stuttgart 1978). Ein wichtiges bibliographisches Hilfsmittel ist der Literaturbericht von H. Kulke, H.J. Leue, J. Lütt, D. Rothermund, "Indische Geschichte vom Altertum bis zur Gegenwart" (Historische Zeitschrift, Sonderheft 10, München 1982).

In der englischsprachigen Fachliteratur sind zur Zeit die relevanten Bände der "New Cambridge History of India" an erster Stelle zu nennen: C.A. Bayly, "Indian Society and the Making of the British Empire"(Vol. II/1, 1990), Sugata Bose, "Peasant Labour and Colonial Capital: Rural Bengal since 1770" (Vol. III/2,1990), B.R. Tomlinson, "The Economy of Modern India, 1860-1970" (Vol. III/3, 1993), K.W. Jones, "Socio-religious Reform Movements in British India" (Vol. III/1, 1989), Paul R. Brass, "The Politics of India since Independence" (Vol. IV/1, 1990). Von Dietmar Rothermund wurden in englischer Sprache veröffentlicht: "India in the Great Depression, 1929-1939" (New Delhi 1992) und "An Economic History of India. From Colonial Times to 1991 (London 1993). Weitere Hinweise enthält das Literaturverzeichnis im Anhang.



aus: D. Rothermund, *Government, landlord and peasant*, S. 194.

# 1. Indien vor dem Ersten Weltkrieg

## 1.1 Das Regime Lord Curzons

Als das 20. Jahrhundert begann, war das britische Weltreich auf der Höhe seiner Macht, und Indien war das leuchtende Juwel der britischen Krone, die 1858 die Herrschaft über den Subkontinent von der Ostindiengesellschaft übernommen hatte. Seit 1877 nannte sich Königin Viktoria sogar Kaiserin von Indien. Die britische Herrschaft über Indien war in der Blütezeit des Imperialismus nicht nur intern konsolidiert, sondern auch territorial ausgeweitet worden. Nord-Birma wurde 1885 annektiert und 1895 besetzten britisch-indische Truppen Chitral am Fuß des Hindukush-Gebirges als nordwestlichsten Grenzposten des Reiches. Zwei Jahre zuvor hatte Mortimer Durand, Staatssekretär der britisch-indischen Regierung, in Verhandlungen mit dem Amir von Afghanistan eine Grenze festgelegt, die die definitive Nordwestgrenze Britisch-Indiens werden sollte und als Durand-Line in die Geschichte einging (siehe Karte 1). Diese Grenzlinie verlief südlich des Wakhan-Tals entlang des Kamms des Hindukush-Gebirges, schloß Chitral ein und verlief dann nach Süden bis zum Khyber-Paß und von dort westlich von Quetta bis zur persischen Grenze.

Das war der Stand der Dinge als Lord Curzon 1898 als Vizekönig nach Indien kam. Er gab sich mit dem Erreichten nicht zufrieden, sondern betrieb eine sehr aggressive Grenzpolitik. Daheim hatte er mit seinen Publikationen Aufsehen erregt, in denen er vor dem Vordringen Rußlands in Asien warnte. Er war erst 38 Jahre alt, als er Vizekönig wurde und widmete sich seiner neuen Aufgabe mit großer Energie. Einer Expedition, die er 1904 nach Lhasa, der Hauptstadt Tibets entsandte, gelang es, dort einen Außenposten des Weltreichs zu errichten.

Der tatkräftige Einsatz Curzons bewirkte, daß Britisch-Indien Anfang des 20. Jahrhunderts seine Grenzen so weit vorschob, daß Invasoren nicht leicht in die indische Ebene vordringen konnten. Die Krönung dieser Bemühungen wäre eine Aufteilung Tibets in ein inneres und ein äußeres Tibet gewesen - nach dem Vorbild der inneren und äußeren Mongolei. Die Gelegenheit dazu schien nach der chinesischen Revolution von 1911 günstig zu sein. Der Dalai Lama ließ die chinesischen Beamten aus Tibet vertreiben und wurde dabei von den Briten unterstützt. Der britische Unterhändler Sir Henry McMahon führte mit chinesischen und tibetischen Diplomaten in den Jahren 1913-14 Verhandlungen über diese Neugestaltung der Grenzen Tibets. Es stand dabei auch die Nordostgrenze zwischen Tibet und Britisch-Indien zur Debatte, die noch heute als McMahon-Line bezeichnet wird. (Siehe Karte 2) Der chinesische Delegierte unterzeichnete das Verhandlungsergebnis mit seinen Initialen, aber die chinesische Regierung ratifizierte es später nicht. Das bedeutete, daß auch die Nordostgrenze Britisch-Indiens von China niemals offiziell anerkannt

wurde. Dieses Problem wird später im Zusammenhang mit Nehrus Außenpolitik diskutiert werden.

An der Nordwestgrenze, wo man mit dem Vordringen Rußlands zu rechnen hatte, waren die Briten erfolgreicher. Ein anglo-russisches Abkommen wurde 1907 getroffen, das die Abgrenzung von Interessensphären vom Persischen Golf bis zur Mongolei betraf und unter anderem auch die Errichtung einer afghanischen Pufferzone vorsah, die verhinderte, daß Rußland und Britisch-Indien aneinander grenzten. Rußland, das bisher in jedem Jahrzehnt ein Stück weiter vorgestoßen war, verpflichtete sich, an der Südflanke des Pamir-Gebirges Halt zu machen und das Vakhan-Tal nicht zu überschreiten, an dessen Südseite die Durand-Line verläuft. Auf diese Weise entstand der "Vakhan-Streifen", der sich zwischen Pamir und Hindukush rund 250 km von West nach Ost erstreckt und nur ca. 30 bis 80 km breit ist. Dieser Streifen ist gleichsam ein Denkmal der Grenzpolitik dieser Zeit, die von Curzon entscheidende Anstöße erhalten hatte.

Genauso aggressiv wie Curzons Außenpolitik war seine Innenpolitik. Der 1885 gegründete indische Nationalkongreß war ihm ein Dorn im Auge, obwohl diese Organisation zu seiner Zeit noch eine sehr gemäßigte Honoratiorenvereinigung war, die sich einmal im Jahr traf und Resolutionen verabschiedete. Curzon berichtete nach London, der Nationalkongreß gehe seinem Ende entgegen, und er werde alles tun, um ihm den letzten Stoß zu versetzen. Stattdessen erweckte er diese Organisation durch seine unpopuläre Politik zu einem neuen Leben. Die erste Maßnahme, die die noch sehr kleine moderne Bildungsschicht gegen ihn aufbrachte, war ein Gesetz mit dem er die Zulassungsbedingungen der Universität von Kalkutta verschärfen wollte (Calcutta University Act 1904). Diese Universität war nach dem Vorbild der Universität London errichtet worden, ihr unterstanden Colleges in ganz Nord-Indien bis hin nach Lahore. Curzon fürchtete die wachsende Zahl von College-Absolventen, die keine angemessenen Stellen mehr fanden und zu Unruhestiftern werden konnten. Doch mit der Einführung bürokratischer Zulassungskontrollen nahm er der modernen indischen Bildungsschicht das Recht zur Selbstergänzung, das sie als wichtiges Privileg betrachtete.

Sein nächster Schlag war die Teilung Bengalens (1905), auch dies war eine plausible Entscheidung, die der Steigerung der Effizienz der Verwaltung dienen sollte, die Curzon besonders am Herzen lag. Die Provinz Bengalen schloß zu dieser Zeit das heutige Bangladesh, sowie die heutigen indischen Bundesländer Assam, Bihar, Orissa und Westbengalen ein. Eine Aufteilung dieser Mammutprovinz war ratsam. Es gab verschiedene Möglichkeiten, sie durchzuführen, eine davon war die Abtrennung von Bihar und Orissa vom eigentlichen Bengalen, die dann auch 1911 durchgeführt wurde, nachdem nach jahrelanger Agitation Curzons Teilungsmuster rückgängig gemacht wurde. Doch mußten die Bengalen dafür eine bittere Pille schlucken: die Hauptstadt Britisch-Indiens wurde von Kalkutta nach Delhi verlegt. Der Umzug von

einer Hauptstadt in die andere brauchte freilich seine Zeit. Delhi hatte 1911 nur 138.000 Einwohner, Kalkutta dagegen 682.000. Von 1911 bis 1921 stieg die Einwohnerzahl Delhis zwar um rund 30 Prozent, aber die Regierung war immer noch in vergleichsweise bescheidenen Gebäuden untergebracht. Der Ausbau New Delhis zu einer prächtigen imperialen Hauptstadt begann erst in den 1920er Jahren, als die Tage des Imperiums bereits gezählt waren.

Lord Curzon hatte 1905 Ost-Bengalen von West-Bengalen getrennt und damit praktisch die heutigen Grenzen von Bangladesh vorgezeichnet. Er tat es denn auch mit der ausdrücklichen Begründung, daß er für die bengalischen Muslims eine eigene Provinz schaffen wolle. Damit stieß er der Elite Kalkuttas vor den Kopf, die er schon vorher mit dem Universitätsgesetz gegen sich aufgebracht hatte. Ein großer Teil dieser Elite stammte aus Ost-Bengalen und hatte dort umfangreichen Grundbesitz. Die Grundbesitzer in Ost-Bengalen waren meist Hindus und ihre Pächter Muslims. Kein Wunder, daß diese Elite die Teilung als einen Angriff auf ihre Position verstand - und so war es von Curzon auch durchaus gemeint.

## 1.2. Der indische Nationalismus

Der indische Nationalismus, der auf diese Weise von Curzon zu neuem Leben erweckt wurde, war zuerst im 19. Jahrhundert unter dem Einfluß der britischen Bildung erwacht. Schon 1849 hatte Gopalrao Deshmukh, genannt Lokhitwadi (Befürworter des Volkswohls), die Briten gewarnt, daß es ihnen ergehen würde wie in Amerika, wenn sie die nationalen Interessen der Inder nicht berücksichtigten. Doch der Aufstand der britisch-indischen Söldnertruppen 1857/58 hatte solche frühreifen Nationalisten wieder zum Schweigen gebracht. Spätere Nationalisten haben diesen Aufstand, von den Briten "Mutiny" (Meuterei) genannt, gern als ersten indischen Unabhängigkeitskrieg bezeichnet, aber die zeitgenössischen Vertreter der damals noch sehr kleinen westlich gebildeten Schicht sahen das ganz anders. Die Aufständischen, die den bereits als britisch-indischen Staatspensionär dahindämmernden Großmogul zu ihrem Führer erkoren und unter den Grundherren des erst 1856 von den Briten annektierten Fürstentums Oudh (Awadh) Bundesgenossen fanden, strebten eine Restauration des alten Regimes an. Für westlich gebildete indische Nationalisten wäre in einem solchen Regime kein Platz gewesen. Deshalb blieben diese auch stumm und meldeten sich erst ganz allmählich wieder zum Wort, nachdem die Briten die "Mutiny" und ihre Folgen überwunden hatten und ihre Herrschaft über Indien unerschütterlich zu sein schien.

Die Kommunikation der nationalistischen Elite war nur durch das Medium der englischen Sprache und der modernen Presse möglich, die ebenfalls britischen Vorbildern entsprach. Die rasche Ausbreitung des Eisenbahnnetzes trug ebenfalls zur Kontaktaufnahme der Na-



tionalisten bei. Der erste Nationalkongreß, der 1885 in Bombay stattfand und von rund hundert Delegierten aller Provinzen besucht wurde, wäre ohne die Eisenbahn gar nicht zusammengekommen. Die Ziele dieser frühen Nationalisten waren beschränkt. Sie wendeten sich mit Petitionen an die Briten und nahmen in Resolutionen zur britisch-indischen Politik Stellung. Immerhin verurteilten sie bereits in der ersten Sitzung die im gleichen Jahr vollzogene Annexion Ober-Birmas, betonten, daß Indien mit seinen Nachbarn in Frieden leben wolle, und distanzieren sich von der britischen Expansionspolitik.

Die britisch-indische Verfassungsreform von 1892, die eine Erweiterung der Provinziallandtage vorsah und dem Zentralparlament mehr Rechte gewährte, hatte dem Nationalkongreß vorübergehend den Wind aus den Segeln genommen. Die nationalistischen Honoratioren, die in die britisch-indischen Gremien gewählt worden waren, konnten nun dort ihre Kritik vortragen. Im Zentralparlament durften sie zwar nicht über den Staatshaushalt abstimmen, aber an der Haushaltsdebatte teilnehmen. Da blieb wenig Interesse an der jährlichen Kongreßsitzung; das hatte Curzon beobachtet, als er zu Anfang seiner Amtszeit nach London berichtete, der Nationalkongreß gehe seinem Ende entgegen.

Die Teilung Bengalens aber brachte den großen Wandel. Die zuvor noch sehr gemäßigten nationalistischen Honoratioren Bengalens wurden durch sie radikalisiert und starteten eine Kampagne, bei der zum ersten Mal britische Waren boykottiert und nationale Bildungsinstitutionen gegründet wurden. Lord Curzon erlebte die Reaktion auf das, was er angerichtet hatte, nicht mehr in Indien, weil er 1905 nach einer Kontroverse mit dem britischen Oberbefehlshaber in Indien, Lord Kitchener, von seinem Posten zurücktrat. Sein Nachfolger Lord Minto mußte die Folgen tragen und sich insbesondere mit einer Welle politischer Terroranschläge gegen einzelne britische Beamte beschäftigen. Die wurden meist von jungen College-Absolventen ausgeübt, die bereits Curzon als Unruhestifter gefürchtet, denen er aber erst das Motiv für ihre Taten geliefert hatte.

Die Terroristen waren fast ausnahmslos Hindus, und daher neigte Minto dazu, die Muslims zu favorisieren. In seiner Amtszeit wurde von Muslim-Honoratioren die Muslim-Liga gegründet (1906). Er empfing eine Delegation dieser neuen Organisation und gab ihr damit seinen offiziellen Segen. Er ermutigte sie auch dazu, bei den anstehenden Verfassungsreformen separate Wählerschaften für die Muslims zu fordern. Die Muslims befürchteten, von der Hindu-Mehrheit stets überstimmt zu werden. Lord Minto befürwortete daher auch nicht den Parlamentarismus als Ziel der Verfassungsentwicklung in Indien, sondern eine Art Ständestaat in dessen Volksvertretung verschiedene Interessengruppen ihren gesicherten Platz haben sollten. Die Exekutive in Gestalt des Vizekönigs, der von der Volksvertretung nicht abgesetzt werden konnte, würde dann als gerechter Schiedsrichter über den Interessengruppen stehen. Natürlich kam diese Kon-



struktion dem alten Prinzip "teile und herrsche" sehr entgegen. Die nach Lord Minto und dem damaligen Indienminister in London, Lord Morley, benannte Morley-Minto Verfassungsreform von 1909 entsprach diesen Vorstellungen. Morley, ein führender Politiker der Liberalen Partei, die 1906 in London die Regierung gebildet hatte, wurde von Minto und seinen Beamten ausmanövriert. Man kann Morley höchstens zugute halten, daß er die Verfassungsreform überhaupt vorantrieb. Er war zuvor einmal für die britische Politik in Irland verantwortlich gewesen und wollte verhindern, daß sich in Indien wiederholte, was in Irland geschehen war, dem man die Selbstbestimmung verweigert hatte.

Bei den Vorbereitungen dieser Verfassungsreform war es zu einer Spaltung des Nationalkongresses in "Extremisten" und "Gemäßigte" gekommen. Die Extremisten wurden von Bal Gangadhar Tilak geführt, der der Ansicht war, daß Indien seine Freiheit nicht auf dem Wege der Verfassungsreformen erhalten werde, sondern endlich seine Ketten sprengen müsse. Für ihn existierte die indische Nation seit eh und je, sie mußte nur aufwachen und ihr Recht fordern. Die Gemäßigten, geführt von Gopal Krishna Gokhale, sahen das ganz anders. Für sie war Indien noch keine Nation, sondern wollte erst eine werden - und dafür war der Rahmen der britisch-indischen Verfassungsreformen erforderlich. Außerdem hatten die Gemäßigten die Illusion, die Liberale Partei Großbritanniens und ganz besonders der liberale Philosoph Morley seien Freunde Indiens, deren Wahlsieg 1905 zu kühnsten Hoffnungen berechtige. Gokhale reiste mehrmals nach London, um dort mit Morley über die Reformpläne zu sprechen. Zugleich bemühte er sich darum, daß Nationalkongreß und Liberale Partei dieselbe politische Linie verfolgten. Dabei störten natürlich die Propaganda der Extremisten und die Anschläge der Terroristen, die in dieser Zeit zunahmen.

Auf der Jahressitzung des Nationalkongresses in Nagpur 1907 war die Spaltung nicht mehr zu vermeiden. Die Gemäßigten schickten die Extremisten in die Wüste und gaben dem Kongreß ein neues Parteistatut. Es entstand eine neue Delegiertenversammlung (All-India Congress Committee = AICC), die für verbindliche Beschlüsse zuständig war. Damit sollte verhindert werden, daß die Jahressitzung des Nationalkongresses von den gerade dort Anwesenden, die meist gar nicht durch eine formelle Wahl legitimiert waren, dominiert wurde. Das AICC trat zum ersten Mal 1908 zusammen. Im selben Jahr wurde Tilak von den Briten der Prozeß gemacht, weil er angeblich die Terroristen unterstützt hatte. Er wurde zu sechs Jahren Zuchthaus verurteilt und betrat erst im Krieg wieder die politische Bühne, während Gokhale bereits 1915 starb. Gokhale wurde von der Gefolgschaft Tilaks verdächtigt, den Briten die Verhaftung und Verurteilung seines alten Rivalen Tilak empfohlen zu haben. Das war nicht der Fall, aber die Verdächtigungen trafen Gokhale sehr und ließen die Kluft, die sich zwischen seiner Gefolgschaft und der Tilaks aufgetan hatte, nur noch größer werden. Gokhales letzte Lebensmonate - er war nur 49 Jahre alt, als er

starb - wurden dann durch die Bemühungen der Gefolgschaft Tilaks überschattet, ihrem Meister nach seiner Entlassung aus dem Zuchthaus wieder eine führende Rolle im Nationalkongreß zu verschaffen, was ihnen auch gelang.

Gopal Krishna Gokhale, der 1866 als Sohn einer armen Chitpavan-Brahmanenfamilie in Maharashtra geboren worden war, hatte sich früh durch großen Lerneifer ausgezeichnet und war in jungen Jahren Mathematikprofessor am Fergusson-College in Pune (Poona) geworden. Diesen Posten hatte er dann 1902 aufgegeben, um sich ganz der Politik zu widmen. Im Zentralparlament war er der überzeugendste Redner bei den großen Haushaltsdebatten, in denen er Lord Curzon mit gut begründeter Kritik entgegentrat. Im Jahr 1905 gründete er die "Servants of India Society" (Gesellschaft der Diener Indiens). Er orientierte sich dabei am Vorbild des Jesuitenordens. Die "Diener Indiens" sollten eine Schar von Politikern und Sozialarbeitern sein, die sich auf Lebenszeit dem Dienst an der Nation verpflichteten. Im gleichen Jahr wurde er zum Kongreßpräsidenten gewählt und hielt eine bemerkenswerte Rede (siehe Text 1), in der er den Bogen von der Teilung Bengalens bis zu den Hoffnungen, die sich an den Wahlsieg der Liberalen Partei in Großbritannien knüpften, spannte. Nach seiner intensiven Beteiligung an den Vorbereitungen der Verfassungsreform von 1909 war er noch an vielen weiteren politischen Konsultationen beteiligt. So reiste er 1912 im Auftrag der britisch-indischen Regierung nach Südafrika, um mit General Smuts über die Rechte der indischen Minderheit zu verhandeln. Er arbeitete dort eng mit Gandhi zusammen, der sich vor Ort für die Wahrung dieser Rechte eingesetzt hatte und schon zuvor in Kontakt mit Gokhale gestanden hatte.

Die Verfassungsreform von 1909, die von Gokhale und seiner Gefolgschaft so begeistert erwartet worden war, erwies sich übrigens als sehr enttäuschend. Vielen namhaften Gemäßigten gelang es nicht einmal, bei den Wahlen zu den reformierten Gremien einen Sitz zu erringen, weil die Konstruktion der Wahlkreise und die Verleihung des sehr begrenzten Wahlrechts in den Händen der britischen Bürokraten in Indien lag, die dafür sorgten, daß konservative Grundherren und nicht städtische Nationalisten, mochten sie auch noch so gemäßigt sein, die Sitze errangen. Die separaten Wählerschaften für Muslims, die 1909 gewährt wurden, trugen dazu bei, die gesetzgebenden Körperschaften mit pro-britischen Honoratioren zu füllen. Solche Wählerschaften waren mit den Prinzipien der parlamentarischen Demokratie völlig unvereinbar. Doch die Briten wollten ja auch keine parlamentarische Demokratie in Indien einführen, sondern einen konservativen Ständestaat, der ihrer Ansicht nach der Mentalität der Inder viel eher entsprach. Selbst Morley, der daheim ein prinzipientreuer Verfechter der parlamentarischen Demokratie war, sagte einmal, daß sie für Indien ebensowenig geeignet sei, wie das Tragen eines Pelzmantels im heißen indischen Sommer.

Da die Briten selbst keine Erfahrungen mit anderen Regierungsformen gemacht hatten, mußten sie letztlich doch die parlamentarische Demokratie in Indien einführen, freilich sehr zögerlich und mit unschönen Verzerrungen von der Art der separaten Wählerschaften. Dadurch wiederum forderten sie die indischen Nationalisten dazu heraus, den Parlamentarismus in seiner reinen Form zu verlangen. Vorschläge anderer Art - so etwa der Hinweis auf das Vorbild der Schweiz oder der USA - wurden nie ernsthaft debattiert. Lord Morleys "Pelzmantel" war das einzige Verfassungskleid, das die indischen Nationalisten sich von ganzem Herzen wünschten.

### 1.3. Die indische Wirtschaft im Vorkriegsjahrzehnt

Lord Morley äußerte sich auch manchmal sehr skeptisch über die Zukunft des britischen Weltreichs. Nationalismus und Interessengegensätze in der Wirtschaftspolitik, so meinte er, würden es schließlich zerstören. Damit sollte er recht behalten, doch zu seiner Zeit war diese weitsichtige Skepsis noch die Ausnahme. Alle Fäden liefen im internationalen Finanzzentrum London zusammen. Der internationale Goldstandard sicherte Londons Stellung und wurde von den britischen Finanzexperten geschickt stabilisiert. In dieser heilen Vorkriegswelt schien alles in Ordnung zu sein. Der internationale Handel florierte, und selbst in Indien, das gegen Ende des 19. Jahrhunderts unter schweren Hungersnöten zu leiden hatte, machte sich ein bescheidenes Wirtschaftswachstum bemerkbar. Das Prokopfeinkommen stieg, doch war dies auch dadurch bedingt, daß das Bevölkerungswachstum stagnierte, weil Hungersnöte und Seuchen die Bevölkerung dezimiert hatten. Die alle zehn Jahre durchgeführten Volkszählungen ergaben für ganz Indien die folgenden Bevölkerungszahlen (in Millionen): 1891 = 280, 1901 = 284, 1911 = 303, 1921 = 306, also für den gesamten Zeitraum von 30 Jahren ein Wachstum von nur 9 Prozent. Dabei konnte man die Seuchen den britischen Kolonialherren nicht zur Last legen, wohl aber die Hungersnöte, die dadurch bewirkt wurden, daß die Vorratshaltung der Bauern ständig abnahm. Der kombinierte Druck von Grundsteuerforderungen oder Pächterhöhungen und Verschuldung trieben die Bauern dazu, Nutzfrüchte anzubauen und ihre Erträge gleich nach der Ernte zu verkaufen. Das galt auch für das Getreide, das der Bauer zuerst verkaufen und wenn er es später für die Versorgung seiner Familie brauchte, wieder einkaufen mußte, wobei er sich zusätzlich verschuldete.

Die Aufrechterhaltung des Vermarktungsdrucks war für die Kolonialherren wichtig, denn Indien mußte mit Agrarexporten stets Überschüsse erzielen, um die "Home Charges" zu bezahlen. Diese bestanden aus den Kosten für das Indienministerium in London, für die Pensionen etc. der britischen Beamten und Offiziere, die in Indien gedient hatten, und dem Schuldendienst für britisch-indische Staatsanleihen. Ferner kamen im Vorkriegsjahrzehnt auch noch die Beträge hinzu, die für den Aufbau von Gold- und Devisenreserven zur Dek-

kung der indischen Währung erforderlich waren. Diese Reserven, die von Kritiker für zu hoch gehalten wurden, unterstanden allein dem Indienminister und waren als Manövriermasse für das Weltfinanzzentrum London, wo sie aufbewahrt wurden, von beträchtlicher Bedeutung. In den Jahren vor der Wirtschaftskrise von 1908 hatte der Indienminister auf diese Weise eine Reserve von sieben Millionen Pfund Sterling zu seiner Verfügung. In dieser Krise verwendete er einen Teil der Reserven für Stutzungskaufe, um den Wechselkurs der indischen Rupie zu stabilisieren, doch danach wurden die Reserven erneut aufgebaut. Die Stabilität des Wechselkurses wurde stets unter dem Gesichtspunkt der britischen Glaubigernation gesehen; die indischen Interessen wurden dabei nicht berücksichtigt, obwohl man natürlich vorgab, ein treuer Sachwalter dieser Interessen zu sein.

Ein hoher Anteil der britisch-indischen Staatsanleihen diente dem Ausbau des indischen Eisenbahnnetzes. Der Ausbau von Eisenbahnen in Übersee war den britischen Kapitalanlegern lieb und vertraut. In Indien garantierte dazu auch noch die britisch-indische Regierung eine für jene Zeit hohe Rendite unabhängig von der Rentabilität der betreffenden Eisenbahnen. Das Streckennetz war auf diese Weise rasant ausgebaut worden. Schon 1885 gab es ca. 16.000 km Eisenbahnstrecke in Indien, doch es wurden zu jener Zeit jährlich nur ca. 12 Mill. t Fracht befördert. Kritiker betrachteten dies als Anzeichen krasser Fehlinvestitionen, doch der Ausbau wurde sogar noch mehr forciert und 1900 erreichte die Gesamtstrecke rund 40.000 km, während die jährliche Frachtmenge nur auf ca. 40 Mill. t gestiegen war. Eine Ermäßigung der Frachtraten und die allgemeine Steigerung des Welthandels ließ dann das Frachtvolumen ansteigen, während der weitere Ausbau des Streckennetzes stagnierte und erst nach 1920 wieder vorangetrieben wurde. Im Vorkriegsjahrzent stieg das jährliche Frachtvolumen von 40 auf 90 Mill. t, und die Eisenbahnen konnten nun Gewinne verbuchen.

Die Linienführung und die Frachtratenstruktur dieser Eisenbahnen diente aber in erster Linie der Anbindung des Binnenlandes an die großen Handelshafen und nicht der interregionalen Entwicklung des Binnenmarktes. Wer Aus- oder Einfuhren über lange Strecken von oder nach Kalkutta oder Bombay versandte, genoß eine Reihe von Frachtratenrabatten, während Sendungen innerhalb des Landes sehr viel teurer waren. Die enorme Steigerung des Frachtvolumens im Vorkriegsjahrzehnt war daher auch in erster Linie dem Wachstum des Außenhandels zu verdanken. Indien exportierte zu jener Zeit hauptsächlich Rohbaumwolle, Rohjute, Reis, Opium und Tee, ferner Baumwolltextilien und Jutetextilien.

Die Industrialisierung Indiens war unter britischer Herrschaft nicht begünstigt worden. Karl Marx hatte 1853 vorausgesagt, daß der Eisenbahnbau in Indien unweigerlich eine Industrialisierung des Landes nach sich ziehen müsse. Das war zu jener Zeit auch ganz plausibel, denn die großen Entfernungen und hohen Transportkosten hätten In-

dien für den Bau von Lokomotiven und die Produktion von Eisenbahnschienen einen großen Standortvorteil gegeben. Aber mit der Eröffnung des Suezkanals und dem Einsatz von Dampfschiffen wurde dieser Standortvorteil wesentlich verringert. Hinzu kam natürlich die Einkaufspolitik der Briten, die dazu noch die Prinzipien des Freihandels beschworen und unter keinen Umständen indischen Industrien Schutzzölle gewährt hätten. Die indische Baumwolltextilindustrie in Bombay, die im späten 19. Jahrhundert einige Fortschritte gemacht hatte, mußte sich denn auch ungeschützt gegen die Konkurrenz auf dem Weltmarkt durchsetzen und erzielte sogar beachtliche Exporterfolge, insbesondere beim Baumwollgarnexport nach China.

Die Jutetextilindustrie in Kalkutta war ein Ableger der schottischen Juteindustrie, die bengalische Rohjute importierte. Da ihre Produkte dazu dienten, unter anderem auch Verpackungsmaterial für indische Agrarexporte zu liefern, war es für schottische Industrielle attraktiv, vor Ort Jutetextilfabriken zu errichten, zugleich aber auch den Handel mit Rohjute zu organisieren. Dazu entwickelten sie ein Instrumentarium, das als Managing Agency System bekannt wurde. Eine solche Managing Agency war ursprünglich eine Firma, die es für eine andere übernahm, ein Unternehmen aufzubauen und zu führen und dafür 10 Prozent vom Umsatz als Kommission erhielt. Daraus entwickelte sich aber bald eine verkehrte Welt. Die Managing Agencies gründeten Firmen aller Art, die nur einen eigenen Briefkopf und eine Reihe von Aktionären hatten. Sie handelten mit den Aktien dieser Firmen und ließen je nach Bedarf die eine Briefkopffirma Verluste und die andere Profite machen. Sie kontrollierten auf diese Weise neben Jutetextilfabriken auch Jutehandelsfirmen, Kohlebergwerke, Teeplantagen, Schiffahrtslinien etc. Der eigene Kapitaleinsatz der Managing Agency war dabei marginal. Das ganze Netz war exportorientiert und mit Handelshäusern im Mutterland verknüpft, die den Absatz der Produkte in der Hand hatten. Indische Unternehmer hatten kaum eine Chance, auf diesem Gebiet Fuß zu fassen. Wer in Indien Geld übrig hatte, investierte es daher meist in Landbesitz. Die Bodenpreise stiegen denn auch stetig. Niemand mußte seine Investition auf diesem Gebiet bereuen, außerdem sicherte sie Sozialprestige und ein gutes Pachteinkommen. Seltsam war dabei nur das Mißverhältnis von Bodenpreisen und landwirtschaftlicher Produktivität. Der typische indische Grundbesitzer war denn auch kein landwirtschaftlicher Unternehmer. Oft wohnte er überhaupt in der Stadt und sah seinen Besitz auf dem Land, der von einem Verwalter betreut wurde, sehr selten.